



**ENTWICKLUNG
BRAUCHT
ENTSCHULDUNG**



START ▾ BLOG ▾ BLOG ▾ ZWIELICHTIGE PERSONEN IM RECHTSSTREIT ZWISCHEN SRI LANKA UND DER HAMILTON RESERVE BANK

ZWIELICHTIGE PERSONEN IM RECHTSSTREIT ZWISCHEN SRI LANKA UND DER HAMILTON RESERVE BANK



Malina Stutz, erlassjahr.de
10. April 2024

Seit Juni 2022 läuft ein Klageprozess zwischen der sri-lankischen Regierung und der *Hamilton Reserve Bank*, der zuletzt pausiert hatte. Nachdem das vom Gericht zugestandene Moratorium Ende Februar 2024 auslief, hat Sri Lanka erneut die Aussetzung des Prozesses für weitere fünf Monate beantragt. Unterstützung erfährt dieser Antrag wieder von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auch von Kanada, Japan, Niederlande und Spanien. Ein Urteil des Gerichts, ob dem Antrag von Sri Lanka stattgegeben wird steht aktuell noch aus. Nun sind neue zwielichtige Akteure auf der Bildfläche erschienen.

Jesse Guzman: Ein zwielichtiger Investor taucht auf

Bisher wurde der Streit vor Gericht zwischen zwei Parteien, Sri Lanka auf der einen und der *Hamilton Reserve Bank* auf der anderen Seite ausgetragen. Ende Februar 2024 mischte sich jedoch eine dritte Partei ein: Der US-amerikanische Investor **Jesse Guzman** hatte Ende 2021 nach eigenen Angaben 50 Millionen US-Dollar bei der *Hamilton Reserve Bank* angelegt und fordert seit Mai 2022 die Rückzahlung von etwas über der Hälfte dieser Anlage von der Bank.

Guzman (weder verwandt noch verschwägert mit dem ehemaligen argentinischen Wirtschaftsminister Martin Guzmán) ist 100-prozentiger Eigentümer und Manager des in Texas registrierten Bauunternehmens *Ultimate Concrete LLC*, sowie des in Belize registrierten Finanzunternehmens *Intercoastal Finance Ltd.* – und ein Mann mit durchaus zwielichtigem Geschäftsgebahren: Sein Bauunternehmen war unter anderem am Bau der Mauer zwischen Mexiko und den USA, dem Prestigeobjekt Donald Trumps, beteiligt. In diesem Kontext wurde das Unternehmen auch dafür angeklagt, überhöhte Baukosten zu veranschlagen und bei der Einschleusung illegal bewaffneter mexikanischer Sicherheitsteams in die USA zur Bewachung von Baustellen beteiligt zu sein. Bekannt wurde dies durch die Aussagen zweier ehemaliger Angestellter bei *Ultimate Concrete LLC.*, die Guzman daraufhin laut **Medienberichten** öffentlich als „faule Ärsche“ und „Parasiten“ beschimpfte.

Anschuldigung: „Hamilton hat Geld gestohlen“

In seinem Schreiben an das Gericht argumentieren die Anwälte Guzmans nun, dass Guzman der eigentliche Eigentümer („*beneficial holder*“) der Anleihen sei und dass seine Interessen durch die *Hamilton Reserve Bank* vor Gericht nicht angemessen vertreten würden. Guzman nimmt an, dass das von ihm angelegte Geld gegen sein Wissen von der *Hamilton Reserve Bank* verwendet wurde, um die Anleihen Sri Lankas zu erwerben, und die Bank die Rückzahlung nun verweigert, da ihr dies aufgrund der Zahlungseinstellung Sri Lankas nicht möglich sei. Er beschuldigt die Bank ausdrücklich sein Geld „gestohlen“ und „veruntreut“ zu haben.

Die *Hamilton Reserve Bank* verweist demgegenüber auf nicht eingehaltene Formalia auf Seiten Guzmans, die es ihr verbieten würden, das Geld zurückzuzahlen. Vor Gericht bekräftigt sie, dass es sich um zwei unabhängige Streiffälle handle und sie selbst der rechtmäßige Eigentümer der sri-lankischen Anleihen sei. Zudem verweist sie darauf, dass Guzman das Geschäft mit der *Hamilton Reserve Bank* nicht als US-amerikanische Privatperson eingegangen sei, sondern als Direktor des in Belize registrierten Finanzunternehmens *Intercoastal Finance Ltd.* Letztlich beruft sie sich darauf, dass in den Verträgen zwischen der *Hamilton Reserve Bank* und der *Intercoastal Finance Ltd.* vereinbart sei, dass eventuelle Streitigkeiten in St. Kitts und Nevis zu klären seien, wo die *Hamilton Reserve Bank* ihren Sitz hat, und schlussfolgert daher, dass es keinen Grund für das US-amerikanische Gericht gebe, die Intervention von Guzman in diesem Klagefall zu berücksichtigen.

“There is no U.S. interest in resolving a dispute between a Belize-based company and a Nevis bank.”

Dokument 92 im Rechtsstreit zwischen der *Hamilton Reserve Bank* und *Sri Lanka*

Das Anwaltsteam von Guzman hat eine Anhörung vor Gericht in der Sache beantragt. Eine Entscheidung des Gerichts steht noch aus.

Einer zweifelhafter als der andere

Lange bestand Unklarheit darüber, in wessen Interesse die *Hamilton Reserve Bank* ihre Klage vorbringt. Dies wurde schon früh im Prozess von Sri Lanka vorgebracht und darauf hat sich auch Jesse Guzman bezogen. Nun verdichten sich die Hinweise jedoch, dass letztlich ein gewisser **Benjamin Wey** hinter der *Hamilton Reserve Bank* und der vorgebrachten Klage steht. So argumentiert zumindest das Anwaltsteam von Sri Lanka, das sich diesbezüglich auch auf die Recherchen der *New York Times* bezieht, die bereits im September 2023 **hier** veröffentlicht wurden.

Bei Wey handelt es sich um eine mindestens so zwielichtige Person wie bei Jesse Guzman. 2015 wurde Wey, ebenfalls US-Amerikaner, wegen illegaler Finanzgeschäfte angeklagt und beschuldigt, von nicht offen gelegten Eigentumsbeteiligungen an mehreren US-amerikanischen Unternehmen zu profitieren. Zudem wurde er zur Schadensersatzzahlung in Millionenhöhe an eine ehemalige Praktikantin verurteilt, die er sexuell belästigt hatte. 2016 wurde in diesem Zusammenhang außerdem eine Verleumdungsklage gegen Wey vorgebracht, da in einem Online-Medienblog – offenbar ebenfalls von Wey verantwortet – über die ehemalige Praktikantin sowie über Journalist*innen, die kritisch über Wey berichtet hatten, hergezogen wurde.

Zum Klagen geworben

Mit Blick auf die Verstrickung von Wey in den Klageprozess gegen Sri Lanka liegen der *New York Times* zwei interessante Quellen vor. Erstens hat Wey nach Ankündigung der Zahlungseinstellung im April 2022 ein direktes Schreiben an Gotabaya Rajapaksa, den damaligen Präsidenten Sri Lankas verschickt. Darin warnte er vor den schlimmen Folgen einer solchen Zahlungseinstellung und stellte für den Fall, dass Sri Lanka sich anders entscheiden sollte, weitere Investitionen unter anderem in der sri-lankischen Finanzindustrie in Aussicht. Das Schreiben ist von Wey als stellvertretendem Vorsitzenden der *Fintech Holding Ltd.* unterzeichnet, von der die *Hamilton Reserve Bank* eine 100-prozentige Tochtergesellschaft ist.

Zweitens hat Wey bei anderen Gläubigern Sri Lankas dafür geworben, gemeinsam eine Klage gegen das Land vorzubringen, bevor die *Hamilton Reserve Bank* schließlich allein den Klageweg beschritten hat. In einer Präsentation, die ebenfalls der *New York Times* vorliegt, argumentierte Wey gegenüber anderen Gläubigern:

“*suing a sovereign for non-debt payment can be a justified and lucrative business*”

Dokument 86 im Rechtsstreit zwischen der *Hamilton Reserve Bank* und *Sri Lanka*

Außerdem war sich Wey sicher, dass er durch eine Klage und die Weigerung, sich an einer Restrukturierung zu beteiligen, Druck auf Sri Lanka ausüben könne:

“*Fintech Holdings can block IMF payments to Sri Lanka until it is paid off*”

Ebenda.

Der Präsentation ist auch zu entnehmen, dass Wey und Ajith Cabraal, der ehemalige Zentralbankchef Sri Lankas, im direkten Kontakt zueinanderstanden.

Und wie geht's weiter?

Der eigentliche Prozess zwischen Sri Lanka und der *Hamilton Reserve Bank* ist mittlerweile vorangeschritten. Ende Februar 2024 ist das vorübergehende Moratorium, das vom Gericht im November 2023 zugestanden wurde, ausgelaufen. Sri Lanka hat daraufhin am 1. März 2024 erneut die vorübergehende Aussetzung des Prozesses für weitere fünf Monate beantragt. In der Argumentation vor Gericht verweist das Anwaltsteam von Sri Lanka darauf, dass die Verhandlungen mit den Gläubigern gut voranschreiten würden, dass Sri Lanka die im IWF-Programm vereinbarten Maßnahmen gewissenhaft umsetze und eine Einigung mit der Gläubigermehrheit bis Ende Juni 2024, spätestens jedoch im Juli 2024 wahrscheinlich sei.

Sri Lanka wird wie bereits im Spätsommer 2023 in seinem Gesuch auf vorübergehende Aussetzung des Prozesses von öffentlichen Gläubigerstaaten unterstützt. So haben sich erneut die US-Regierung und das Sekretariat des Pariser Clubs in zwei Stellungnahmen mit der Bitte an das Gericht gewandt, dem Antrag Sri Lankas stattzugeben. Im September 2023 hatte das Sekretariat des Pariser Clubs dies noch im Namen Großbritanniens und Frankreichs getan. In dem Schreiben vom Februar 2024 vertritt der Pariser Club darüber hinaus nun auch die Interessen von Kanada, Japan, den Niederlanden und Spanien. Sowohl die US-Regierung als auch das Sekretariat des Pariser Clubs wiederholen ihre Bedenken und Argumente aus dem Spätsommer 2023, die wir **hier** wiedergegeben haben. Zudem bekräftigen sie, dass Sri Lanka in guter Absicht („*good faith*“) mit seinen öffentlichen und privaten Gläubigern verhandele.

Hamilton verweist hingegen darauf, dass kein nennenswerter Fortschritt in den **Verhandlungen zwischen dem Inselstaat und seinen privaten Gläubigern** festzustellen sei, und hat eine Anhörung bezüglich des Streits über die vorübergehende Aussetzung beim Gericht beantragt. Ein Urteil des Gerichts, ob eine Anhörung angesetzt und/oder dem Antrag auf eine erneute Aussetzung stattgegeben wird, steht aktuell noch aus.

Lehren:

Eins beweist der Fall beispielhaft: Hunderte Seiten Gerichtsdokumente durchzusehen ist nicht immer eine dröge Tätigkeit. Mir kam es bisweilen fast so vor, als würde ich einen aufregenden Krimi lesen, und die Absurdität der Gestalten kann einen dabei manchmal fast zum Schmunzeln bringen. Fast. Wäre es nicht gleichzeitig auf der anderen Seite so bitterernst und würde dieses skrupellose Vorgehen Weniger nicht auf Kosten so Vieler geschehen. Aus meiner Sicht müssen daher auch folgende ernsthafte Schlüsse aus dem aktuellen Stand des Prozesses gezogen werden:

- Das wiederholte Eingreifen von nunmehr sieben Staaten zeigt, dass sie ernsthaft befürchten, dass ein solcher Klagefall koordinierte Restrukturierungsverhandlungen erheblich erschweren kann. Statt eines solchen einzelfallbezogenen Eingreifens wäre es aber wünschenswerter – und würde sowohl für Schuldnerstaaten als auch für private Gläubiger zu mehr Rechtssicherheit führen – wenn endlich nationale Gesetze verabschiedet würden, die es **privaten Gläubigern unmöglich** machen, internationale Restrukturierungen auf dem Rechtsweg zu unterlaufen.
- Es deutet alles darauf hin, dass in diesem Fall einmal mehr nicht etwa Kleinanleger und Rentenfonds, sondern Superreiche mit fragwürdigem Verhältnis zum Recht die Profiteure einer solchen Klage werden könnten.
- Es ist komplett inakzeptabel, dass solche Akteure in irgendeiner Weise durch öffentliche Gelder subventioniert werden. In diesem Sinne ist es zu begrüßen, dass Benjamin Wey sich offenbar geirrt und sich der IWF in diesem Fall nicht als Erfüllungshelfer der *Hamilton Reserve Bank* entpuppt hat.
- Ebenso inakzeptabel ist es jedoch ebenfalls, dass knappe öffentliche Ressourcen durch diesen Fall gebunden werden. Die sri-lankische Regierung hat zweifelsohne gerade wichtigeres zu tun als sich mit einem solchen Rechtsprozess herumzuschlagen und zur eigenen Verteidigung seit nunmehr bald zwei Jahren ein dreiköpfiges Team der Anwaltskanzler *Clifford Chance* zu bezahlen. Und jede Stunde, die Beamte in Washington, Paris, London, Madrid, Ottawa, Amsterdam und Tokyo darauf verwenden müssen, die Klageunterlagen zu sichten und Briefe an das Gericht zu formulieren, ist eine Stunde zu viel. Das gilt übrigens auch für die Zeit, die Beamte in Berlin dafür verwendet haben mögen, sich der Stellungnahme des Pariser Clubs aus unerklärlichen Gründen nicht anzuschließen. Diese Verschwendung öffentlicher Ressourcen könnte durch die **Verabschiedung eines nationalen Gesetzes**, durch das solche Klagestrategien wie die von *Hamilton* von vornherein unterbunden werden, effektiv verhindert werden.
- Das dreiste und gut zu skandalisierende Auftreten von Akteuren wie Guzman und Wey sollte nicht über die eigentlichen strukturellen Probleme hinwegtäuschen. In gewisser Weise wirkt das Auftreten der beiden Akteure gar dilettantisch. Ganz so offensichtlich ist die Klaviatur der Macht dann doch nicht (immer) zu bespielen und sind öffentliche Akteure wie der IWF nicht für die eigenen Interessen einzuspinnen. Erfolg hat, wer subtiler vorgeht. Dies zeigt sich beispielsweise im Fall Surinames, wo private Gläubiger es einmal mehr geschafft haben, bevorteilt behandelt zu werden und **den ursprünglich vom IWF berechneten Erlass deutlich zu drücken**. Der Großteil der privaten Gläubiger weiß: Solange eine Regierung auf dem Verhandlungsweg mitspielt und bereit ist, die Interessen der eigenen Bevölkerung dem Interesse der ausländischen Gläubiger weitestgehend unterzuordnen (**was im Falle Sri Lankas fraglos der Fall ist**), lohnt es nicht, den risikobehafteten und oft konfrontativen Klageweg zu beschreiten. Bei der Verabschiedung nationaler Gesetze muss dies berücksichtigt werden. Daher reicht es nicht, ausschließlich besonders aggressive „Geierfonds“ wie der *Hamilton Reserve Bank* das Handwerk zu legen oder die rechtliche Absicherung von internationalen Restrukturierungen immer von der Zustimmung der Mehrheit der privaten Gläubiger abhängig zu machen. Wie nationale Gesetze stattdessen ausgestaltet werden sollten, haben wir **hier** ausbuchstabiert.
- Und letztlich führt der Prozess auch vor Augen, wie die unterschiedlichen Mächte, die im Falle einer Schuldenkrise die umfassende Eintreibung der Gläubigerforderungen sicherstellen, ineinandergreifen: So verweisen sowohl die sri-lankische Regierung als auch die westlichen Staaten in ihren Stellungnahmen mehrfach darauf, wie gewissenhaft die sri-lankische Regierung die Auflagen des IWF-Programms im eigenen Land umsetze. Auch wurde von Seiten der USA wiederholt auf die strategische Rolle verwiesen, die Sri Lanka bezüglich der eigenen geopolitischen Interessen in der Gruppe einnehme. Im Urteilspruch des Gerichts vom November 2023, in dem eine vorübergehende Pausierung des Prozesses angeordnet wurde, zeigt sich, dass diese Einreden Erfolg hatten. Im Umkehrschluss ist jedoch auch davon auszugehen, dass ein solcher Klageprozess für Regierungen, die konfrontativer gegenüber den vom IWF geforderten Maßnahmen auftraten, zu empfindlicheren Kosten führen dürfte – denn dann fehlen ihnen die mächtigen Verbündeten. Das Gleiche gilt, wenn das Interesse an der Stabilität eines Landes nicht mit dem geopolitischen Interesse der USA oder anderer mächtiger Staaten zusammenfällt. Das ist alles nicht neu, wird an diesem Prozess aber deutlich und sollte beispielsweise bei der Ausgestaltung eines nationalen *Anti-Holdout*-Gesetzes berücksichtigt werden.

Nachtrag 23.04.2024: Das Gericht hat die Einrede von Jesse Guzman als unbegründet zurückgewiesen und den Antrag von Sri Lanka auf eine vorübergehende Aussetzung stattgegeben. Das Verfahren ist demnach bis zum 1. August 2024 pausiert.

Quellen

- Houck, R. G. (01.03.2024) "Memorandum of Law in Support of Defendant's Motion for a Further Stay of Proceedings". Dokument 86 im Fall 1:22-cv-5199 DLC (Hamilton Reserve Bank Ltd. v. The Democratic Republic of Sri Lanka).
- Bleichmar, J. (15.03.2024): "Plaintiff's Memorandum of Law in Opposition to Motion to Intervene". Dokument 92 im Fall 1:22-cv-5199 DLC (Hamilton Reserve Bank Ltd. v. The Democratic Republic of Sri Lanka).
- Angaben des restlichen Artikels beruhen auf den Gerichtsdokumenten 79-99 im Fall 1:22-cv-5199 DLC (Hamilton Reserve Bank Ltd. v. The Democratic Republic of Sri Lanka).

Alle Gerichtsdokumente sind nach Anmeldung **hier** einsehbar: <https://pacer.uscourts.gov>

Weitere Informationen

- erlassjahr.de-Länderprofil „Sri Lanka“**
- Schuldenreport 2024: „Austerität, Ausgrenzung und Sozialabbau: Facetten der Schuldenkrise in Sri Lanka“**
- Blogbeitrag (10.4.2024): „The Winner Takes All-Thrice!?: Sri Lankas Restrukturierung mit privaten Gläubigern“**
- Blogbeitrag (10.11.2023): „Sri Lanka: Vorübergehende Aussetzung im Rechtsstreit mit der Hamilton Reserve Bank“**
- Podcast (September 2023): „Schulden und... die Krise in Sri Lanka“**
- Podcast (April 2023): „Schulden und... die Geier“**
- Länder-Factsheets zum Schuldenreport 2023 (Sri Lanka, Ghana, Pakistan, Sambia)**
- Schuldenreport 2023: „Die Macht der Legislative: Wie nationale Gesetze zu einer fairen Lösung für die globale Schuldenkrise beitragen können“.**
- erlassjahr.de-Pressemitteilung (24.08.2022): „Sri Lanka: Klage von Privatbank könnte humanitäre Krise verschärfen“**
- Blogbeitrag (24.08.2022): „Kleine Klage mit großer Wirkung? Der Fall Hamilton vs. Sri Lanka“**
- erlassjahr.de-Pressemitteilung (13.04.2022): „Kollaps mit Ansage: Sri Lanka muss als erstes Schwellenland 2022 alle Zahlungen an seine Auslandsgläubiger einstellen“**
- Schuldenreport 2022: „Keine Staatspleiten – keine Schuldenkrisen? Ein Blick auf einzelne Krisenfälle“**
- Fachinformation: „Das Potenzial nationaler Gesetze für die faire Lösung globaler Schuldenkrisen“**

Posted in **Blog**



← **The Winner Takes All - Thrice!?: Sri Lankas Restrukturierung mit privaten Gläubigern**

Schreibe einen Kommentar

Deine E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht. Erforderliche Felder sind mit * markiert

Kommentar *

Name *

E-Mail *

Website

Meinen Namen, meine E-Mail-Adresse und meine Website in diesem Browser für die nächste Kommentierung speichern.

KOMMENTAR ABSCHICKEN

Wir verarbeiten Ihre in diesem Formular angegebenen, personenbezogenen Daten für die Beantwortung bzw. Bearbeitung Ihrer Anfrage bzw. Ihrer Kommentare sowie damit sachlich zusammenhängender Zwecke. Dabei nutzen wir die angegebene E-Mailadresse zum Bezug von Profildaten bei dem Dienst Gravatar des amerikanischen Anbieters Automattic Inc.. Weitere Angaben zu der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie Ihren Rechten nach Maßgabe der Datenschutzgrundverordnung entnehmen Sie bitte unserer Datenschutzerklärung. Hinweise zu der Nutzung des Dienstes Gravatar finden Sie in Ziffer 12.1 unserer **Datenschutzerklärung**.

IN ALLER KÜRZE

+++ 16. MAI 2024 +++

Neuer Bericht: Schuldenkrise in Afrika verschlimmert sich

32 afrikanische Länder müssen mehr Gelder für Schuldentrückzahlungen aufwenden als sie für ihr Gesundheitssystem zur Verfügung haben. In 25 afrikanischen Ländern wird mehr Geld für den Schuldendienst als für Bildung ausgegeben. Das zeigt der neue

25 JAHRE KÖLNER KETTE – 25 JAHRE EINSATZ FÜR FAIRE ENTSCHEIDUNG

Aktionstag am 18. Juni 2024 am Kölner Dom



SCHULDENREPORT 2024



Hier bestellen oder kostenlos downloaden.

TERMINE

18.6. | Köln
25 Jahre Kölner Kette – 25 Jahre Einsatz für faire Entscheidung

13.9. | 15:00–15.9. | 13:00 | Saarbrücken
erlassjahr.de-Jahrestagung 2024

[Zeige alle Termine](#)

MATERIALIEN

Poster zum Aktionstag 18.06.2024
0,00 €
inkl. MwSt.
plus Versand-Kosten

Flyer zum Aktionstag 18.06.2024
0,00 €
inkl. MwSt.
plus Versand-Kosten

Schuldenreport 2024
3,50 €
plus Versand-Kosten

NEWSLETTER

E-Mail:

Ja, ich möchte den Newsletter bestellen. Eine Abmeldung ist jederzeit möglich.

Anmelden

Wir schicken Ihnen einmal im Monat unseren Newsletter mit Informationen zu unseren Aktivitäten, Publikationen und aktuellen Entwicklungen im Themenfeld Staatsverschuldung. Der Versand des Newsletters erfolgt nur, wenn Sie uns zuvor eine Einwilligungserklärung im sogenannten double opt-in Verfahren erteilt haben. Ihre Einwilligung können Sie jederzeit widerrufen, darauf weisen wir ausdrücklich auch in den jeweiligen Newslettern noch einmal hin. Weitere Hinweise zum Datenschutz, insbesondere im Zusammenhang mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihren Rechten nach Maßgabe der Datenschutzgrundverordnung erhalten Sie in unserer **Datenschutzerklärung**.

IN SOZIALEN NETZEN

